



und Mütter geschehen soll. Auch hier wird es die Sozialdemokratische Partei sein, die für weitesten Schutz der Arbeiterinnen und Frauen eintritt. Es genügt aber nicht, daß die Arbeiterinnen die Männer für sich kämpfen lassen. Noch sind die Arbeiterinnen, die Frauen politisch rechtlos. Aber bei allem, was den Arbeiterinnen- und Frauenschutz betrifft, muß man den Frauen Rechte und Pflichten geben, damit sie sich interessieren für die Politik und danach streben, überall mitzuarbeiten, wo es nötig ist. Es ist ein großer Fehler, daß die Frauen von der Vertretung in den Kriegesämtern ganz ausgeschlossen sind. Keine Fürsorgerätigkeit auf diesem Gebiete dürfte ohne Mitwirkung der Arbeiterinnen erfolgen. Bleiben diese Einrichtungen, Säuglingsheime, Krippen, Horte, Schulen, ohne den Einfluß der Mütter, der Arbeiterinnen, dann werden uns die Kinder unter fremdem Einfluß fremd. Das bedeutet eine große Gefahr für die ganze Sozialdemokratische Partei. Wir müssen die Frauen zu überzeugten Sozialistinnen machen und dahin wirken, daß sie ihre Kinder in unserem Sinne erziehen. Ich kann den Männern den Vorwurf nicht ersparen, daß sie nicht genügend dahin gewirkt haben, daß der sozialistische Geist in die Familien getragen worden ist. Das wird geschehen, wenn die Frau überzeugte, denkende Sozialistin ist. Je mehr wir also die Frauen gewinnen, um so stärker und mächtiger wird unsere Partei. Die Frauen sind die Trägerinnen der Zukunft und die Kinder sind die Zukunft selbst. Wenn wir die Mütter haben, haben wir die Kinder, und wenn wir die Kinder haben, so haben wir die Zukunft. (Sehr wahr!) Deshalb bitte ich, daß als äußerst wichtiger Punkt auf die Tagesordnung des nächsten Parteitagcs die Behandlung der Frauenfrage gesetzt wird. (Lebhafter Beifall.)

Der Antrag 61 wird angenommen.

Vorj. **Ebert:** Die Kontrollkommission teilt mit, daß sie zu ihrem Vorsitzenden den Genossen Brühne gewählt hat.

Die vorhin nicht genügend unterstützten Anträge 37a, b, c haben nachträglich ausreichende Unterstützung gefunden. Gegen ihre Behandlung wird ein Widerspruch nicht erhoben.

Zur Begründung dieser Anträge erhält das Wort

**Grosse-Hamburg:** Die Erfahrungen der letzten drei Jahre in der Partei haben uns zu diesen Anträgen veranlaßt. Ich kann begreifen, daß man auf diesem Parteitag vielleicht nicht geneigt ist, in eine Aenderung des Organisationsstatuts einzutreten, deshalb haben wir uns auch auf diese wenigen Anträge beschränkt, die wir für eine absolute Notwendigkeit halten. Die Bedenken, die gegen ein Beschlusrecht des Parteiausschusses geltend gemacht worden sind, können gegenüber diesen Erfahrungen nicht mehr volle Geltung haben. Vier Jahre hat kein Parteitag stattgefunden; welches Chaos haben wir in der Partei hinsichtlich der Organisationsverhältnisse erlebt! Denken wir nur, daß die Oppositionsmänner im Parteivorstand und in der Kontrollkommission die Mehrheit gehabt hätten, dann wäre die Parteiorganisation für uns stöten gegangen. Aus Presseäußerungen der Opposition haben wir heraus hören können, daß es ihr in den einzelnen Wahlkreisen in der Hauptsache nur darum zu tun war, die Kasse in die Hand zu bekommen. Wir haben das ja in den meisten Fällen verhindern können, aber diese Schadenfreude hätte ich sehen mögen, wenn es der Opposition gelungen wäre, die Kassen der Partei in die Hand zu bekommen. Abgesehen noch von dem moralischen Schaden, den die Partei davongetragen hätte. Solche Zustände dürfen sich nicht wieder ereignen und deshalb müssen wir organisatorische Maßnahmen treffen, um das zu verhindern. Selbst der Reichskonferenz wurde von der

Opposition das Recht abgesprochen, bindende Beschlüsse für die Partei zu fassen, ebenso dem Parteiausschuß, aber die Opposition ging hin und faßte Beschlüsse. Wir sind zu tolerant gewesen gegenüber der Opposition und diese Toleranz hätte uns bald die Partei gekostet. Wir müssen es in Zukunft ausschließen, daß Personen mit hinterhältigem Charakter in Parteiämtern verbleiben und die größte Verwirrung in der Partei herbeiführen können. Ist es nicht ein unerträglicher Zustand, daß Personen jahrelang keine Beiträge an die Partei bezahlen und trotzdem die höchsten Ehrenämter in der Partei haben. Ist es nicht unerträglich, daß ein Vorsitzender der Partei, der genau weiß, welche Beschlüsse der Parteivorstand gefaßt hat, versucht, die Beschlüsse des Parteivorstandes zu durchkreuzen, wie es mit dem Aufruf „Das Gebot der Stunde“ geschehen ist; und was ist beim Prozeß der „Vorwärts“-Redakteure gegen den Parteivorstand vorgekommen? Wo in aller Welt kann es sich in einer Organisation ereignen, daß einzelne Vorstandsmitglieder das Recht in Anspruch nehmen, als gemeinsam Beklagte eine selbständige Prozeßführung zu betreiben. (Sehr richtig!) Leider war es bei uns in der Partei möglich, daß unter der Toleranz, die immer in der Partei geübt worden ist, Personen an die Spitze kamen, denen die Organisation geküba war, während die Genossen, die jahrzehntelang an der Organisation gearbeitet haben, mit ihrem ganzen Sein an der Partei hängen. Dem Parteiausschuß muß das Beschlusrecht gegeben werden, damit er nicht allein in organisatorischen, sondern auch in taktischen und prinzipiellen Fragen mit dem Parteivorstand zusammen über das Wohl und Wehe der Partei wachen kann. Meinungsdivergenzen zwischen dem Ausschuß der Partei und ihrer Leitung sind ja in der Parteigeschichte vorgekommen, aber das kann uns nicht abhalten, heute das Notwendige zu tun. Das Referat Scheidemanns hat uns die großen Aufgaben vor Augen geführt, die der Partei in Zukunft bevorstehen. Auch deshalb ist ein Mitbestimmungsrecht des Parteiausschusses erforderlich. Wenn es in Zukunft möglich sein wird, jedes Jahr einen Parteitag abzuhalten, dann kann er ja auch immer die Beschlüsse des Parteiausschusses eventuell korrigieren. Wir in Deutschland sind nicht in der Lage binnen kurzer Zeit einen außerordentlichen Parteitag berufen zu können, wie das in Dänemark und anderen kleineren Ländern möglich ist. Den Wahlfreien legt die Bescheidung eines Parteitags immerhin ziemlich erhebliche Opfer auf, und da der Parteiausschuß aus allen Bezirken Deutschlands zusammengesetzt ist, so ist der Vorstand auch in der Lage, durch ihn stets die Meinung der Parteigenossen im ganzen Lande zu erfahren. Der heutige Zustand ist unhaltbar. Wenn wir nicht ein festeres Gefüge in der Partei schaffen, dann können — sie sollen und brauchen es nicht — Zustände sich wiederholen, wie wir sie leider haben erleben müssen. Unser Antrag will eigentlich nur das feststellen, was ist. Die Kontrollkommission war bis auf die Hälfte zusammengeschnitten, es war aber keine Körperschaft vorhanden, die die Kontrollkommission hätte ergänzen können. Dazu ist der Parteiausschuß die gegebene Instanz, genau so wie dafür, Vorstandsmitglieder zu entheben, die sich als unwürdig für ihr hohes Amt erweisen haben. Nehmen Sie unsere Anträge zur Abwendung solcher Gefahren an, wie wir sie leider in den letzten Jahren haben durchmachen müssen. (Beifall.)

**Schmidt-Meiß:** Ich bitte Sie, alle Anträge abzulehnen, die die Partei auf die Zeit nach dem Kriege binden können. Dafür spricht vor allem die Zusammensetzung des Parteitags, die durch die Kriegsverhältnisse stark beeinflusst ist. Der diesmalige Parteitag gibt kein Stimmungsbild. (Lebhafte Oho-Rufe und Anrufe.)

**Vors. Ebert:** Ich muß diesen Vorwurf gegen den Parteitag mit aller Entschiedenheit zurückweisen. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist eine ganz willkürliche Behauptung, die hier Genosse Schmidt ausgesprochen hat. (Erneute lebhafte Zustimmung.) Der Parteitag ist zusammengesetzt auf Grund des Organisationsstatuts, die Mandatsprüfungskommission hat jedes Mandat geprüft, nicht gegen ein einziges Mandat lag eine Einwendung vor. (Sehr wahr!) Dieser Vorwurf gegen den Parteitag in letzter Stunde hat offenbar seinen besonderen Zweck, ich weise ihn zurück. (Lebhafte Zustimmung, empörte Zurufe gegen Schmidt-Weissen.)

**Schmidt-Weissen (fortfahrend):** Diese Erregung des Vorsitzenden ist ganz unbegründet.

**Vors. Ebert:** Ich bin gar nicht erregt, ich wächre lediglich die Interessen der Partei. (Lebhafte Beifall.)

**Schmidt-Weissen:** Ich nehme dieses Recht, die Interessen der Partei zu wahren, auch für mich in Anspruch. Manche Delegierte sind nur von 400 Mitgliedern entsandt, das war früher auch nicht der Fall. (Widerspruch, Zurufe: Rosa Luxemburg.) Ich bitte deshalb, von einer Bindung der Partei für die Zeit nach dem Kriege abzusehen. Wenn wir diese Anträge annehmen, so werden sofort nach dem Kriege neue Stürme auf Veränderung des Parteistatus kommen. Der Antrag ist auch deshalb unmöglich, weil der Parteiaussschuß gar nicht auf demokratischer Grundlage zusammenberufen ist; da müßten Sie erst einmal eine ganz andere Grundlage für den Parteiaussschuß schaffen! Er besteht zum Teil aus Delegierten der zwei bis fünf Personen starken Bezirksvorstände. (Hol und lese: Wer wählt den Bezirksvorstand?) Das ist in einer ganzen Reihe von Fällen so. Bitte sehen Sie von dieser Gelegenheitsgesetzmacherei ab; ich glaube, Sie dienen dadurch den Interessen der Partei am besten. (Anhaltende Unruhe.)

**Fernann Müller (Partei Vorstand):** Ich glaube, wir sind es uns schuldig, in aller Ruhe und Sachlichkeit uns über diesen Antrag auszusprechen. Das Organisationsstatut ist unsere Verfassung und deshalb ist es notwendig, daß eine ordentliche Prüfung des Antrags vorgenommen wird. Deshalb bitte ich Sie, sich nicht etwa durch die Rede des Genossen Schmidt dazu verleiten zu lassen, die Anträge anzunehmen. Diese zielen in ihrem Hauptstück darauf, diesem Gebanken nicht ablehnend gegenüber. Sie wissen, daß vor der letzten Vorlage des Organisationsstatuts in Chemnitz der Parteivorstand eine Debatte gemacht hatte, wonach der Parteiaussschuß Beschlusrecht haben sollte. Die Debatten damals haben dazu geführt, daß diese Vorlage in der vom Parteitag eingesetzten Kommission geändert und der Parteiaussschuß nur als beratende Körperschaft eingesetzt worden ist. Große hat die Hamburger Anträge damit begründet, daß kommenden Gefahren vorgebeugt werden müsse. Wenn diese Gefahren da wären, wäre ich der erste, der dafür eintreten würde, daß wir noch in diesem Jahr das Organisationsstatut ändern. Aber diese Gefahren sind im Augenblick nicht da, und ich glaube, daß, bevor der nächste Weltkrieg ausbricht, wir zu einer Veränderung des Organisationsstatuts kommen werden. Wir können in diesem Jahre die Anträge aber auch deshalb nicht annehmen, weil die Aufstellung dieser einen Frage eine Anzahl weiterer Veränderungen des Organisationsstatuts automatisch mit sich bringen muß, so des § 23 über die Kompetenzen der Kontrollkommission, des § 7 über die Zusammensetzung des Parteitages, denn es müßte dann auch der Parteiaussschuß zur Teilnahme am Parteitag berechtigt sein, und des § 11, wo von den Berichten die Rede ist. Das kann man nicht alles aus dem Sandgelenk

heraus ändern. In dem Augenblick, wo wir diese Veränderung vornehmen, würden alle die Fragen wieder aufgeworfen werden, die uns damals in Chemnitz beschäftigt haben. Jetzt ist es so, daß große und kleine Organisationen im Parteiaussschuß gleich vertreten sind. Ja wir haben den Zustand, daß die großen Landesorganisationen Preußens, Sachsens und Bayerns ohne Rücksicht auf die Mitgliederzahl besonders im Parteiaussschuß vertreten sind. (Auer: Entsprechend unserer Wichtigkeit. — Geisterkeit.) Das wird unter Umständen bestritten, ich weiß nicht, lieber Auer, ob das so ohne weiteres allgemein anerkannt wird. (Geisterkeit.) Wenn der Parteiaussschuß eine bestehende Körperschaft wird, muß auch in bezug auf die Stellvertretung eine Veränderung eintreten.

Es kommt weiter in Betracht, daß nach § 21 der Parteiaussschuß gehört werden muß in allen wichtigen, die Gesamtpartei berührenden politischen Fragen. Würde der Parteiaussschuß beschließende Körperschaft werden, dann müßte man dazu übergehen, den Begriff „politische Fragen“ scharfer abzugrenzen. Der Parteivorstand kann mit Freunden feststellen, daß er stets in besserer Weise mit dem Ausschuss zusammengearbeitet hat, und wir möchten nicht, daß bei einer Veränderung durch Kompetenzschwierigkeiten dies Verhältnis getrübt werden könnte. Ich glaube aber auch nicht, daß es aus politischen Gründen notwendig ist, schon auf diesem Parteitag die Veränderung zu treffen. Der Parteiaussschuß selbst kann sich nicht beschließen, er hat eine Bedeutung bekommen weit über das hinaus, das damals auf Vorschlag der Kommission der Chemnitzer Parteitag beschlossen haben. Ich erinnere nur an den Beschluß vom 8. und 9. April dieses Jahres, wo wir die Sowjetformel aufzupapieren und in die Welt hinausgehen ließen. (Sehr richtig!)

Dann noch ein paar Bemerkungen zum Antrag 37. Ziffer a verlangt, daß Mitglieder des Parteivorstandes, die das Parteiiinteresse schädigen oder Handlungen begehen, die mit demselben unvereinbar sind, auf Beschluß der Kontrollkommission ihres Amtes enthoben werden können. Der Antrag kann in dieser Fassung nicht angenommen werden und nach der Begründung von Große erst recht nicht. (Sehr wahr!) Was heißt es, ein Parteivorstand mit einem hinterhältigen Charakter muß entfernt werden? (Große: Sehr richtig!) An und für sich ist das sehr richtig, aber diese Fassung genügt nicht. Wir müssen verlangen, daß auch Parteivorstandsmitglieder, die beschuldigt werden, das Parteiiinteresse geschädigt zu haben, im ordentlichen Verfahren darüber gehört werden. Dasselbe trifft auf Ziffer c zu, wo das gleiche für die Mitglieder der Kontrollkommission verlangt wird. Nach Ziffer b soll § 22a dahin geändert werden: „Scheidet ein Mitglied der Kontrollkommission vorzeitig aus, so hat der Parteiaussschuß nach Anhörung des Parteivorstandes und der Kontrollkommission eine Ersatzwahl vorzunehmen.“ Ich gebe zu, daß in dieser Beziehung eine Lücke im Statut ist, insofern Ersatzwahlen zur Kontrollkommission überhaupt von keiner Körperschaft vorgenommen werden können. Ich hätte gegen diesen Antrag nichts einzuwenden, aber wenn er angenommen wird, müßte doch auch bestimmt werden, daß für den Fall des Ausscheidens eines Parteivorstandsmitgliedes die Ersatzwahl in gleicher Weise vorzunehmen sei. Im ganzen bin ich der Meinung, daß so notwendig eine Veränderung des Organisationsstatuts sein wird, wenn wir wieder einen Parteitag unter Friedensverhältnissen haben, wir doch in diesem Jahre von einer Veränderung absehen können.

**Abbe-Breslau:** Ich möchte mich den Ausführungen von Müller anschließen. Ich habe nur um das Wort gebeten, um Schmidt-Weissen zu fragen, mit welchem Recht er diesem Parteitag die Kompetenz abspricht. (Schmidt-Weissen:

Weil die Mehrheit der Genossen im Felde ist.) Soweit die Genossen zu Hause wählen vorgenommen haben, haben Sie gegen die Korrektheit nichts einzuwenden, und was die Genossen im Felde betrifft, so ist dieser Parteitag seit vier Monaten öffentlich angekündigt, länger als irgendein anderer Parteitag der deutschen Partei. weil er mehrfach verschoben werden mußte. In dieser Zeit haben zweifellos alle politischen Genossen im Felde Kenntnis davon erhalten. Gerade wir, die wir täglich ungefähr 300 Briefe aus dem Felde bekommen, haben mit großem Interesse verfolgt, ob ein einziger Genosse im Felde Einspruch gegen den Parteitag erheben würde. Es ist nicht ein einziger Fall vorgekommen, und wie ich mich eben überzeugt habe, ist auch dem Parteivorstand nicht ein einziger Brief aus dem Felde zugegangen, der Protest erhebt gegen die Rechtsgültigkeit des Parteitages. Was aber gesunden ist, sind unzählige Begrüßungsschreiben an viele einzelne von uns, die wir auf den Parteitag gingen, und wie wir aus dem Munde von Ebert gehört haben, auch an das Bureau des Parteitages. Wir wissen also, daß niemand gegen den Parteitag protestiert hat und wir dürfen aus den Zuschriften entnehmen, daß die Genossen ihn begrüßen. (Zustimmung.)

Hiermit schließt die Debatte.

Der Antrag 37 wird in Absatz b in folgender Fassung angenommen: Scheidet ein Mitglied des Parteivorstandes oder der Kontrollkommission vorzeitig aus, so hat der Parteiausschuß nach Anhörung des Parteivorstandes und der Kontrollkommission eine Ersatzwahl vorzunehmen.

Die Abjaze a und c werden abgelehnt.

Antrag 38 ist zurückgezogen.

Die übrigen Anträge sind nicht unterstützt.

Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Zur

### Wahl des Ortes für den nächsten Parteitag

bemerkt Ebert: Ich möchte vorschlagen, einen Beschluß nicht zu fassen. (Sehr richtig!) Wir sind noch im Kriege, das Ende ist leider noch nicht abzusehen, wir wissen nicht, unter welchen Verhältnissen wir wieder einen Parteitag abhalten können. Wenn es notwendig und möglich ist, wird es natürlich geschehen, aber über den Ort bitte ich Sie, den Parteivorstand im Einvernehmen mit dem Parteiausschuß entscheiden zu lassen.

Der Parteitag schließt sich einmütig diesem Vorschlage an.

Ebert: Soweit ich übersehen kann, sind damit die Geschäfte des Parteitages erledigt. Gestatten Sie mir ein kurzes Wort zum Schluß. Zunächst ist es unsere Pflicht, unseren Würzburger Parteifreunden für ihre Gastfreundschaft aufs herzlichste zu danken. (Lebhafte Beifall.) Es ist schwierig, inmitten der Kriegsnöte eine so große Zahl von Gästen unterzubringen, zu versorgen und die gute Erledigung der Parteitagsgeschäfte zu gewährleisten. Diese schwere Aufgabe haben unsere Würzburger Freunde vortrefflich erfüllt. (Bravo!) Alle Teilnehmer des Parteitages sind voll des Lobes über die freundliche und gute pflegliche Aufnahme, die sie hier gefunden. (Bravo!) Gern benutze ich die Gelegenheit, dafür unseren Quartierwirten, auch dem Inhaber unseres Tagungslokales, besonders zu danken. (Bravo!) Dank der guten organisatorischen Vorarbeit des Lokalkomitees und seiner umfänglichen Mithilfe konnten wir unsere umfangreichen Arbeiten glatt erledigen. — Die vielbelegene Gemütlichkeit des weingegneten Würzburg, die eigenartigen Reize des Frankenlandes, die wir auf unserem Ausflug kennen lernten, haben dazu beigetragen, die alte schöne Kameradschaft unter den Delegierten neu zu beleben und zu festigen. Unsere Würzburger Freunde dürfen versichert

sein; wir scheiden mit den besten Erinnerungen an sie und das schöne Würzburg. (Beifall.) In diesem Sinne entbieten wir ihnen unseren Abschiedsgruß.

Auch den Mitgliedern der Ausschüsse und den Vertretern der Presse danke ich für die Arbeit, die sie dem Parteitag geleistet haben. —

Die Verhandlungen unseres Parteitages sind mit Ernst und Sachlichkeit geführt. Sie standen auf erfreulicher Höhe und haben uns alle voll befriedigt. Die Gesamttätigkeit der Partei während der letzten vier Jahre haben wir offen und vor aller Welt verhandelt. Wir hatten nichts zu verbergen, wir brauchten keiner Entscheidung auszuweichen. (Sehr richtig!) In allen großen Fragen sind klare, unzweideutige Entscheidungen herbeigeführt. Die Richtlinien für die künftige Politik der Partei sind klar und fest umrissen. Unsere feste Überzeugung ist, daß unsere Verhandlungen bei der Arbeiterschaft in der Heimat und an den Fronten freudigen Widerhall gefunden haben. (Zustimmung.) Das wichtigste Merkmal unserer Würzburger Tagung, der Grundzug aller Verhandlungen war die starke innere Geschlossenheit der Partei; eine feste Geschlossenheit, die uns alle mit Zuversicht, Begeisterung und Siegesicherheit erfüllt. (Lebhafte Zustimmung.) Niemand in der Partei hat den Parteitag so sehr herbeigesehnt wie die Parteileitung. Die lange Dauer des Krieges, die Unmöglichkeit einen Parteitag abhalten zu können, zwang uns, das uns übertragene Vertrauensamt weit über den festgesetzten Zeitpunkt hinaus auszuüben. Auf eigene Verantwortung hin mußten wir vielfach schwierige Entscheidungen treffen, die in normaler Zeit dem Parteitag vorbehalten waren. Um so mehr erfüllt es uns mit Genugtuung, nun für unsere Tätigkeit die volle Zustimmung des Parteitages gefunden zu haben. —

Noch einmal haben wir hier die Stellung der Partei zu den Kriegsfragen gründlich erörtert, noch einmal ist das Für und Wider ernst und sachlich erwogen worden. Wenn in der Presse, besonders in der alldutschen, der Beschluß des Parteitages in dem Sinne ausgelegt wird, er verlange die Kreditbewilligung unter allen Umständen, so ist diese Auslegung durchaus falsch. (Sehr wahr!) Die Partei wird auch in Zukunft bei jeder Kreditforderung prüfen, ob die Voraussetzungen der Bewilligung gegeben sind. (Sehr richtig!)

Parteigenossen! Die Entscheidung des Parteitages über die so sehr umstrittene Stellung zum Kriege ist mit überwältigender Mehrheit erfolgt. Nun ist die bisherige Haltung der Reichstagsfraktion in der Partei fest verankert. Jetzt gilt es, die bisher geführten Meinungskämpfe zurückzutreten zu lassen, den Blick vorwärts zu richten. Unsere Hauptarbeit lag in den Verhandlungen über die nächsten Aufgaben der Partei. Ihr Höhepunkt war das Referat Scheidemanns. Will Deutschland seine Stellung in der Weltwirtschaft wieder erringen, dann muß seine Volkswirtschaft neu aufgebaut werden. Dieser Aufbau muß getragen und gestützt werden von großzügiger, tiefgreifender Sozialpolitik. Was hier zur Sicherung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeiter geschehen muß, hat der Parteitag entschieden zum Ausdruck gebracht. Die ungeheuerlichen finanziellen Lasten des Krieges sind nur zu tragen, wenn sie zunächst jenen aufgebürdet werden, für die der Krieg Gewinn brachte. Aber auch der Besitz, den der Krieg erhalten, der durch den Krieg geschützt worden ist, muß im stärksten Maße zu den Lasten herangezogen werden. (Sehr richtig!)

Vor allem aber muß das neue Deutschland ein freies Deutschland sein! (Lebhafte Zustimmung.) Frei von allen Klassenprivilegien, frei von allen politischen und geistigen Hemmungen und Bevormundungen. Freie Entfaltung unserer vollen Volkskraft auf allen Gebieten ist für die Arbeiterklasse und das Reich Lebensnotwendigkeit. (Erneute lebhafteste Zustimmung.)